

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 5 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugpreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitteltier Postkonto

Berlin, 4. Februar 1927

Der Kampf um die Regierungsmacht.

Bis zu dieser Stunde herrscht immer noch keine Klarheit, welche Regierung wir bekommen. Es kursieren verschiedene Kandidatenlisten für die Gesel der Minister. Das „Berliner Tageblatt“ nennt drei Deutschnationale, der „Vorwärts“ vier. Drei stellt das Zentrum, drei die Deutsche Volkspartei, eine die Bayerische Volkspartei, und Geßler bleibt anheimden. Wohin er sich schlägt? Wahrscheinlich zu den Deutschnationalen. Bevor diese Verteilung publik wurde, hieß es, die Fraktionen, die an der Regierungsabstimmung beteiligt sind, haben sich auf bestimmte Richtlinien geeinigt, in welchen auch die Deutschnationalen die Republik und die bisher betriebene Politik anerkennen. Anders, auch das wurde inzwischen wieder in Worte gefasst, die Deutschnationalen wollen anscheinend alles ablehnen, was irgendwie verpöchtelt. Das Regierungsprogramm soll nun nach einem Beschluß des Vorkonferenzrats des Reichstages vom 27. Januar am Donnerstag, dem 4. Februar im Reichstag bekanntgegeben werden. Bis Sonnabend, den 5. Februar will man dann mit den Reden und Abstimmungen fertig werden.

Was aus diesem Kuddelmuddel schließlich als Realität herauspringt, ist höchst unklar. Zu welchem Gefühlswechsel die Rechtsparteien fähig sind, das sehen wir ja zur Genüge. Nachdem die Republik und die bisher betriebene Politik bis auf das Messer von ihnen bekämpft und sabotiert wurden, erklären sie sich plötzlich für alles das, was sie mit Füßen treten konnten.

Wie kann man von ihnen Gutes erwarten? Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterparteien solchen Politikern mit schärfster Ablehnung und vollkommener Mißtrauen gegenüberstehen. Selbst die Demokraten rüsten mit ihrer scharfen Erklärung von ihnen ab, die im „Berliner Tageblatt“ vom 28. Januar veröffentlicht wurde. Unter anderem wird die Einstelligkeit gegenüber der Schule gemahnt, mit welcher die neue Koalition den Artikel 146 der Weimarer Verfassung mißachtet. Ferner wird bemerkt, daß bezüglich der Wirtschaftspolitik jede Klarheit verloren ist, weil die Deutschnationalen gegen die bisherige Steuer- und Finanzpolitik, die Handelsvertragspolitik und auch gegen die Siedlungspolitik den heftigsten Widerstand geleistet haben. Auch die Demokraten kommen zu dem Ergebnis, daß die Zusammenlegung der Regierung keine Gewähr bietet für die Einhaltung gemachter Versprechungen, denn die Worte von heute stehen in unbestimmtem Widerspruch mit ihren Worten und Taten von gestern. Alles in allem, die gegenwärtige Situation ist höchst unerschütterlich, sie ist nicht geeignet, günstige Perspektiven für die nahe Zukunft zu eröffnen. Wer kann sagen, was daraus entsteht?

Die Tarifverträge unseres Verbandes im Jahre 1926.

Das verlossene Jahr, das ausnahmslos während der ganzen Dauer unter der allgemeinen Wirtschaftsdpression stand, brachte für die Berufe und Branchen, die in unserem Verband die Vertretung ihrer idealen und materiellen Interessen erbitten, eine äußerst schlechte Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zu früheren Jahren hatte die Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 einen solchen Tiefstand erreicht, daß wir bei weitem gegenüber anderen Industriepreisen und Gewerben in den zwölf Monaten mit an der Spitze marschierten. Die ständig veröffentlichte Statistik über die Arbeitslosigkeit beweist dies. Wenn in diesen Niedergang trotzdem die laufenden Tarife gehalten, die gefähigsten im Wesentlichen nicht verschlechtert — sondern mit einigen Verbesserungen — erneuert abgeschlossen werden konnten, so zeugt dies sichtlich von der Wirksamkeit unseres Verbandes und von der Rührigkeit unserer tätigen Kollegen. Es braucht nicht verhehlen zu werden, daß zur Zeit des Hamburger Verbandskongresses, auf dem die Frage unseres Tarifwesens und ihre Fortentwicklung auf der Tagesordnung stand, die Sachlage bezüglich der gefähigsten großen Bezirksverbände noch völlig unklar war. So hat sich überraschenderweise im Verlauf der Monate, wo die Verhandlungen über die Tarife stattfanden, doch manches schneller gefährt, als selbst die Optimisten angenommen haben. Besonders wurden die Verhandlungen in der Lederwarenindustrie, die in früheren Jahren meist sehr schleppend verliefen, diesmal in verhältnismäßig kurzer Zeit beendet und waren von Erfolg gekrönt. Die fünf Manufakturverträge, die in der Lederwarenindustrie abgeschlossen wurden, sind Bezirksverbände und umfassen bekanntlich — außer Baden, Rheinland und Westfalen, Hannover und Braunschweig Stadt, ferner Mainz — das ganze Reichsgebiet. Diese fünf Bezirksverträge regeln für 1118 Betriebe mit 13740 Beschäftigten die sozialen Bedingungen im Arbeitsverhältnis. Außerdem bestehen in Wiesbaden, Hannover und anderen Orten bzw. Bezirksverbände. Die bereits bestehende

48stündige Arbeitszeit wurde wieder vereinbart, sowie Ferien und sonstige Bedingungen, wie die Feiertagsbeziehung im Offenbacher Vertrag und dergleichen.

Der Reichsmantelvertrag in der Treibriemenindustrie wurde im vergangenen Jahr nicht gekündigt und läuft somit noch bis 30. September 1927.

In der Fahrzeugindustrie bestehen neun Tarife aus den früheren Jahren; ein Vertrag der neu gekündigt wurde, gilt für die Fahrzeugindustrie in Thüringen.

Eine Fortentwicklung und Vermehrung der Tarife im Handwerkszweigergewerbe war nicht möglich; geht doch bei diesem immer mehr einschrumpfenden Klein- und Reparaturgewerbe die Zahl der Betriebe, die Gehilfen beschäftigen, ständig zurück.

Im Tapezierergewerbe wurden 1926 weitere sieben Verträge abgeschlossen; die Gesamtzahl der Tarife ist jedoch von 65 im Jahre 1925 auf 60 zurückgegangen. In einzelnen Großstädten sind die Tarifverträge im Laufe des Jahres 1926 ertorben und konnten infolge schlechten Geschäftsganges nicht zur Befriedigung neu vereinbart werden.

Die Verhandlungen über den geplanten Bezirksvertrag für Rheinland-Westfalen verliefen im Grunde, weil über einige Positionen keine Verständigung erzielt werden konnte. Diese Neuregelungen bleiben uns für das Jahr 1927 vorbehalten; es wird alles daran gesetzt werden, auch die noch fehlenden Orte unter tarifliche Bedingungen zu bringen. Schon legt die Vorarbeit dazu ein. Bei einer halbwegs guten Konjunktur, durch schnelles, bewußtes Handeln, werden wir in den noch fehlenden Orten und Betrieben die Verhältnisse tariflich regeln können. Die 60 Orts- und Bezirksverbände umfassen in 2768 Betrieben mit 10383 Beschäftigten die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Tapezierer, wobei nur solche Betriebe gezählt sind, die Gehilfen ständig oder doch zeitweise beschäftigen.

Den Stand der Tarife und die Zahl der Beschäftigten zeigt folgende Statistik:

Branchen	1925 früheren Jahren vorhanden	1926 neu ab- geschlossen	1926 sam- men	Zahl der Beschäftigten
Lederwarenindustrie	1	5	6	13 670
Treibriemenindustrie	1	—	1	2 000
Fahrzeugindustrie	9	1	10	1 505
Sattlereien und ver- schiedene Branchen	8	1	9	1 064
Tapezierergewerbe	52	8	60	10 383
Zusammen:	71	15	86	28 622

Im Jahre 1925 hatten wir 94 Verträge für 5426 Betriebe mit 29 425 Beschäftigten; 1926 86 Verträge für 5115 Betriebe mit 28 622 Beschäftigten. Abgetaufen waren im vergangenen Jahre 22 Verträge für 1864 Betriebe mit 15 425 Beschäftigten. Neu wurden 14 Tarife vereinbart für 1353 Betriebe mit 14 622 Beschäftigten.

Es muß beachtet werden, daß die Betriebe, sowie die Zahl der Beschäftigten überhaupt zurückgegangen ist. Der Stand unseres Tarifwesens im allgemeinen hinsichtlich des Geltungsbereichs der örtlichen und bezirkslichen Erlassung ist erfreulich. In der Lederwarenindustrie sind die Gebiete, die keinen Manufaktur haben, im Verhältnis zu den tariflich geregelten Bezirken sehr gering, und es besteht Aussicht, auch noch einen weiteren Teil unter Tarif zu bringen.

In Tapezierergewerbe erfassen die vorhandenen Orts- und Bezirksverbände die Großstädte mit wenigen Ausnahmen, sowie die Mittel- und Kleinstorte. Bei den leichtbeweglichen Ortsverbänden läuft naturgemäß jedes Jahr ein Teil der Tarife ab, welche aber bisher fast ständig erneuert werden konnten.

Auch der Vertrag in der Ledertriebriemenindustrie, der als Reichstarif seit 1920 besteht, hat grundlegend auf die Arbeitsverhältnisse dieser Industrie gewirkt.

In den Sattlereien konnten im allgemeinen — dort, wo noch Gehilfen beschäftigt werden — die bestehenden Verträge gehalten werden.

Von den Verträgen der sonstigen Branchen ist der Vertrag der Berliner Man- und Sattlerstoffe abgelaufen, jedoch dürfte hier in kürzester Zeit ein neuer Tarif vereinbart werden. Zusammenfassend kann voller Berechtigung gesagt werden, daß unser Tarifwesen auch im vergangenen Jahre 1926, trotz der großen Arbeitslosigkeit (die tariflichen Verhandlungen immer ungünstig beeinflussten) doch intact gehalten wurde. Hoffen wir, daß im Jahre 1927 bei einigermaßen gutem Geschäftsgang auch die wenigen Orte, die noch fehlen, unter tarifliche Bedingungen gebracht werden können. Wie in allen Verträgen, die von unserem Verbande abgeschlossen wurden, wie es auch die angekommene Entscheidung auf dem Hamburger Verbandskongress verlangt und be dingt, muß uns die Verankerung der achtstündigen täglichen Arbeitszeit oberster Grundsatz sein und muß auch in den neuen Verträgen ihren Niederschlag finden.

Aus Fabrikantentreiben.

a) Ledertriebriemenindustrie.
Aus dem Geschäftsbericht des Verbandes der Ledertriebriemen-Fabrikanten e. V. (soweit er veröffentlicht wird) entnehmen wir: Aus Rücksicht auf die Geschäftslage hat keine Verammlung der Mitglieder im Jahre 1926 einberufen werden können. Selbst Vorstand und Ausschuss haben sich erst nach einer Pause von 1 1/2 Jahren wieder zu einer Sitzung zusammengefunden.

Der Verband hat im Laufe der Zeit vom 1. Januar 1925 bis 1. Januar 1927 nicht weniger als 70 Mitglieder verloren. 46 schieben aus durch Kündigung und 24 infolge Konkurses oder Auflösung des Betriebes. Von 229 Mitgliedern sind noch 159 vorhanden. Die Ausgeschiedenen begründeten den Austritt mit dem Hinweis, es sei dem Verband nicht gelungen, eine Besserung der Wettbewerbsverhältnisse in der Industrie zu erzielen. Dagegen macht die Zeitung geltend, das sei unmöglich, solange sich die leistungsfähigen Firmen nicht in Syndikatsform zusammenschließen und in großzügiger Weise den gesamten inländischen Verkauf in die Hand nehmen. Dann wird den Fabrikanten gesagt, daß sie durch ihren hemmungslosen Wettbewerbskampf nicht nur dem Betrieb den Rest der Substanz genommen hätten, sondern auch das Fabrikat bedeutend verschlechtert, so daß der Legit-Triebriemen den Ledertriebriemen bedeutend verdrängt habe. Das Kraftübertragungsproblem sei die Grundlage für die Existenzfrage der Ledertriebriemenindustrie. Die Einführung der direkten Kuppelung sei nicht nur auf die technischen Fortschritte zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die Qualität der Ledertriebriemen auf dem Gebiete der Leichtkraft verlagert hat. Die Industrie wird deshalb aufgefordert, keine finanziellen Mittel zu scheuen, um das gesamte Gebiet der Kraftübertragung schnellstens zu erschließen und das Ergebnis bekanntzumachen.

Mit Hilfe der Volksgemeinschaft deutscher Wissenschaft ist inzwischen unter Leitung des Herrn Professor Kugbach eine Versuchsanlage geschaffen worden zur Lösung des Problems der Kraftübertragung. Die Sammlung unter den Industriellen selbst hat nur 4300 M. ergeben. Außerdem ist noch ein Herr Dr. Jablonki mit solchen Studien beschäftigt, die aber ebenfalls noch finanziert werden müssen.

Das Interesse der Ledertriebriemenorganisation konzentriert sich also präzis und kurz ausgedrückt in der Bekämpfung des unaufrichtigen Wettbewerbs, auf Befestigung der gegenseitigen Preisunterbreitung, Schaffung einer Preisconvention, Verbesserung der Qualität des Fabrikats und dadurch Wiedereroberung des Marktes der Kraftübertragung durch den Ledertriebriemen.

Der Referent machte dann Ausführungen über den Veredelungsverkehr, die sich gegen die Lederindustrie richteten, weil diese gegen den zollfreien Veredelungsverkehr auftreten, da ihnen dadurch eine unbecommene Konkurrenz durch ausländische Veredelungsanstalten bereitet wird. Für die Ledertriebriemenindustrie ist der zollfreie Veredelungsverkehr aber eine Existenzfrage. Zu den Handelsvertragsverhandlungen hat die Industrie gegenüber Frankreich und Belgien Zurückhaltung geübt in der Erwägung, daß dadurch die Gegenseite ebenfalls zur Mäßigung genötigt würde. Das belgische Leder sei 15 bis 20 Proz. billiger und stelle deshalb das Hauptkontingent für den zollfreien Veredelungsverkehr, deshalb begünstigt man sich mit der Meistbegünstigung. Bezüglich Frankreich, der Schweiz, Spanien Italien, Tschechoslowakei, Desterreich ist nicht viel Günstiges berichtet worden, weil die Verhältnisse noch sehr unklar sind und Handelsverträge erst noch kommen sollen. Auch mit Rußland schweben die Verhandlungen noch, normale Handelsbeziehungen sind noch nicht hergestellt. Das Kreditabkommen hat die Ledertriebriemenindustrie übergangen und nur die Maschinenindustrie berücksichtigt. Es wird als unklar bezeichnet, den Russen mit unserem Gelde die Produktionsmöglichkeiten schaffen zu helfen, damit in Rußland Konkurrenzindustrien entstehen.

Die deutsche Industrie habe nur daran ein Interesse, Fertigungsabfälle nach Rußland zu verkaufen. Mit deutschem Kredit und deutschem Gelde wird sonst bewirkt, daß uns die Russen mit ihren billigen Arbeitskräften den inner-russischen Markt absperrten, deshalb habe das 300-Millionen-Kreditabkommen, keinen Zweck.

Diese Argumente muten doch etwas einseitig an, denn wenn überall danach gehandelt würde, dann gäbe es keinen allzu großen Fortschritt in der Kulturentwicklung. Am Ende hat auch die Entwicklung der Industrie in Rußland nach andere gute Seiten für die Exportindustrien Deutschlands, wenn auch zunächst die Maschinenindustrie dadurch am meisten begünstigt wird.

b) Die Lederwarenindustrie.
Was die Lage in der Lederwarenindustrie anbelangt, so lautet sie nach den neuesten Schilderungen nicht besonders günstig. In Offenbach hat sich die Zahl der stillen

suchenden Sattler und Portefeulier von 2470 am 31. Dezember 1926 auf 2683 am 14. Januar 1927 vermehrt. Die kürzlich durch Schiedsgericht der tariflichen Schlichtungskommission erfolgte Erhöhung der Mindestlöhne in der Lederwarenindustrie um 3 Pfd. wird als Grund einer Preisverhöhung der Offenbacher Lederwaren bezeichnet, die das Frühjahrsgeschäft nicht gerade erleichtern werde.

Da hat man es wieder, das alte Lied des deutschen Unternehmers. Wenn 3 Pfd. Lohnerhöhung gegeben werden, muß das Dreifache auf die Preise aufgeschlagen werden.

Die Beibehaltung der Zinsherabsetzung der Reichsbank von 6 auf 5 Prozent hängt von der weiteren Gestaltung des Geldmarktes ab. Man rechnet damit, daß namentlich ausländische Banken Zurückhaltung üben und daß der wachsende Geldbedarf der deutschen Industrie und auch des Reiches die Beibehaltung des 5-Prozent-Satzes bald gefährden wird. Der Lombardzins liegt übrigens noch immer auf 5 Proz.

In der „Lederwarenindustrie“ wird über die Lage der französischen Lederwarenindustrie ein wenig günstiger Bericht gebracht. Danach herrscht in Paris große Arbeitslosigkeit, die seitens der Behörden zu leugnen versucht wird. Die Lage der Branche findet ihre Beleuchtung durch die Verkaufsanzeigen von Fabriken und Geschäften der Maroquinerie und Reiseartikelbranche.

Auch in Frankreich hat man diese Betriebe nach kleinen Orten verlegt, weil dort die Arbeitskräfte billiger zu haben sind. Besonders in der Reiseartikelbranche wird unter der Anleitung eines Vorarbeiters viel ungeschultes Personal, namentlich weibliches, verwendet. Mitte des Jahres 1926, als das englische Pfund auf 262 Fr. stand, wurde natürlich viel an Umstände verkauft; nachdem der Kurs auf 122 Fr. gefallen ist, hat das nachgelassen. Ob in Frankreich in absehbarer Zeit eine Stabilisierung der Währung möglich sein wird, ist vollkommen unklar.

Aus unseren Berufstreifen.

Amerikanische Organisations- und Arbeitsmethoden. Das die amerikanischen Arbeiter mit den Unternehmern in einem anderen Verhältnis stehen als in Deutschland, haben wir schon bei früheren Gelegenheiten betont. Zu dieser Frage bringt die Lederinternationalen von J. Simon in Nürnberg in ihrer Nummer 1, Januar 1927, einen interessanten Beitrag. Der amerikanische Arbeiterverband hat es auf die Eroberung ganzer Betriebe abgesehen, nicht bloß auf den einzelnen Arbeiter.

Der Verband tritt mit dem Inhaber des Betriebes in Unterhandlung. Gelingt es, eine Einigung zu erzielen, dann wird dieser Betrieb ein Betriebsbetrieb (Union shop oder Union factory), dessen gesamte Arbeiterschaft in eben dem betreffenden Verband organisiert sein muß. Dafür hat nicht nur der Vertreter des Arbeiterverbandes, sondern auch der Unternehmer selbst zu sorgen. Man bezeichnet solche Betriebe dann als „closed shop“ = geschlossener Betrieb, zum Unterschied von „open shop“ = offener Betrieb. Die Waren solcher Betriebsbetriebe führen den Verbandsstempel „Label“ oder „Stamp“ als Zeichen dafür, daß sie von organisierten Arbeitern hergestellt wurden.

In solchen Unionsbetrieben kann sich der Vertreter der Arbeiterorganisation jederzeit sehen lassen und frei bewegen, denn seine Anwesenheit ist erwünscht, sobald irgendwelche Unstimmigkeiten vorkommen, Konflikte, Beschwerden beigelegt und abgeklärt werden müssen.

In solchen Betriebsbetrieben ist der Streik das Ende des „closed shop“, denn der Unternehmer ist dann berechtigt, andere Arbeiter einzustellen, entweder Unorganisierte oder solche, die einer anderen Organisation angehören. So kann in demselben Werke ein Verband dem andern Konkurrenz machen und Streikbrecher spielen, wenn es ihm so paßt. Ein schöner Zustand! — Man sollte doch meinen, daß die amerikanischen Arbeiterverbände in solchen Streikfällen Solidarität üben und sich nicht in den Rücken fallen. Freilich scheint diese Handlungsfreiheit wohl eine Bedingung zu sein, die der vertrag-

schließende Betriebsinhaber unbedingt fordert. Man ersieht jedenfalls daraus, daß die amerikanischen Organisations- und Arbeitsmethoden auch nicht als Ideal bezeichnet werden können.

Im Hinblick an diese Ausführungen werden über einen Tarifvertrag der Taschenmacher in New York einige Angaben gemacht.

Vertragschließende sind Associated Leather Goods Manufacturers of the U.S.A. und der International Pocketbook Workers Union, Erzieher, Verband der Lederfabrikanten, letzterer der Portefeulierverband. Der Vertrag trat am 21. Juli 1926 in Kraft und hat Geltung bis zum 1. Mai 1929. Er regelt die Arbeitszeit, die wöchentlich 44 Stunden, auf 6 Tage verteilt, beträgt. Samstag nachmittags ist frei. In den Sommermonaten kann diese Arbeitszeit jedoch mit beiderseitigem Einverständnis auf fünf Tage verteilt werden.

Für Überstunden soll ein Zuschlag in Höhe des halben Zeitlohnes gezahlt werden. Samstags nach 12 Uhr wird nicht gearbeitet.

Von zehn gesetzlichen Feiertagen werden drei bezahlt. Diese Bezahlung erhalten auch solche Zeitlohnarbeiter, die in der betreffenden Woche nicht gearbeitet haben. Wenn an den anderen sieben Feiertagen gearbeitet wird, muß obiger Überstundenzuschlag, 50 Proz. des Lohnes, gezahlt werden.

Beide Parteien müssen dazu beitragen, daß sämtliche Arbeiter eines Betriebes organisiert sind. Bei Neueinstellungen müssen zuerst organisierte Mitglieder berücksichtigt werden.

Die Arbeitsfrage werden durch Vereinbarung festgelegt, zu der Verhandlung müssen auch die Affordarbeiter zugezogen werden von dem betreffenden Sparte.

Zwischenwerkbetriebe unterstehen dem Tarifvertrag. Heimarbeit darf den Arbeitern nicht nach Hause mitgegeben werden.

Während der stillen Zeit soll die Arbeit gleichmäßig unter den Arbeitern des Betriebes verteilt werden.

Der Minimallohn beträgt für gelernte Arbeiter 41,50 bis 46 Dollar pro Woche, Hilfsarbeiter erhalten 30 Dollar. Frauen, welche dieselbe Arbeit machen, erhalten den gleichen Lohn.

Ab 15. September 1926 trat eine Erhöhung der Löhne (auch für Affordarbeiter) um 10 Proz. ein.

Im Krankheitsfalle muß dem Arbeiter der Arbeitsplatz offengehalten werden. Wird ein Betrieb durch die Organisation bestreikt, so darf kein Mitglied des Unternehmerverbandes für ihn Arbeit übernehmen.

Dem Organisationsvertreter muß jederzeit Zutritt zum Betrieb gewährt werden. Beschwerden und Streitigkeiten sollen vor einen gemischten Ausschuss gebracht werden. Streiks und Ausperrungen sollen nicht stattfinden.

Während der Dauer des Vertrages dürfen die Löhne nicht herabgesetzt werden.

In Augsburg (Schweden) wollte der Fabrikant Claesson seinen 200 Arbeitern das Recht zur Organisation nehmen. Der Kampf wurde deshalb aufgenommen und hat dem dänischen Verband bis jetzt 70.000 Kronen gekostet. Die Mitglieder des Verbandes zahlen wöchentlich 1 Krone Ertragsbeitrag zur Unterstützung der Kämpfer.

In Göteborg wollen die Reiseeffekten-Fabrikanten die Löhne um 10 Proz. reduzieren. Sie haben deshalb den Tarif gestündigt, der bereits am 1. Januar abgelaufen ist. Auch in Simrishamn wurde gestündigt, dort soll der Lohn gar um 28 Proz. herabgedrückt werden. Es kommen in beiden Ortsgruppen 330 Mitglieder in Betracht.

Am 1. April steht unser dänischer Bruderverband vor neuen Konflikten. Er will den bestehenden Tarifvertrag kündigen, der sich auf den Preisindex gründet. Auf Grund desselben wurden im ganzen Lande die Löhne um 17 Proz. herabgesetzt.

Unsere österreichische Bruderverorganisation im Jahre 1926. Unser Bruderverband, das Organ der Sattler, Täschler und Kiemer Österreichs, bringt in seiner Nr. 1 vom 15. Januar eine Uebersicht über das Jahr 1926. Danach ging der Mitgliederbestand von 2225 auf 1990 zurück, das ist ein Verlust von 235 = 10,6 Proz., welcher aus-

schließlich darauf zurückgeführt wird, daß viele Kollegen einen Berufswechsel vornehmen mußten, weil sie keine Stellung im erlernten Fache fanden. Der Verband erzielte eine Einnahme von 81.51,80 Schilling. Die Ausgabe betrug 77.535,80 Schilling, die Mehreinnahme 23.816 Schilling für sonstige Unterbringungen wurden ausgegeben 22.200,15 Schilling = 59 Proz. der Ausgaben. Der Verband besaß am Jahresabschluss ein Gesamtvermögen von 78.895,61 Schilling, pro Kopf der Mitglieder 35,64. Die Zunahme des Vermögens betrug 23.795,17 Schilling. Sie ist darauf zurückzuführen, daß infolge der Krise alle Lohnkämpfe unterbleiben mußten oder doch durch friedliche Vereinbarungen erledigt wurden.

Am 31. Dezember waren von den rund 2000 Mitgliedern 505 erwerbslos = 25,4 Proz., darunter auch nicht länger als ein Jahr. In Oesterreich sieht es ebenso schlimm aus wie bei uns in Deutschland. Es wird auch darüber geflagt, daß viele der älteren Arbeiter — hochqualifizierte Arbeitskräfte — entlassen wurden, um die Löhne herabzudrücken. Diese Maßnahme der Unternehmer kann höchst bitter rächen, weil dadurch der gute Ruf der Portefeulierarbeit der Wiener im In- und Ausland gefährdet wird. Wir haben in Deutschland dieselbe Mischlingsarbeit erlebt, denn auch in Odenbach wurden viele ältere qualifizierte Arbeiter entlassen. So wird oft wegen geringer Lohnsummen der gute Ruf einer Industrie aufs Spiel gesetzt. Die deutschen Unternehmer wollen wohl nach amerikanischem Vorbild rationalisieren und immer größerer Produktionsleistungen erzielen, können sich aber nicht dazu aufraffen, nach amerikanischem Muster eine Lohnpolitik zu machen.

Deutsche und russische Kulturereignisse. Unter dieser Ueberschrift drücken wir in unserer Nr. 52 unter dem Strich eine kleine Uebersicht über die in Deutschland vorhandenen Heilstätten und Erholungsmöglichkeiten. Die widerliche Lobbyarbeit, die kommunistische Deutsche über russische Arbeiterfürsorge verzapfen, fordert geradezu zu solchen Vergleichen heraus.

Der Hinweis, daß dem, der Ersparnisse und genügend Geldmittel besitzt, eine Auswahl von Erholungsheimen zur Verfügung stehe, wie sie kein anderes Land besitzt, wird nun vom Offenbacher Mittlungsblatt als eine unerbörte Verhöhnung nicht nur der Lederwarenarbeiter, sondern der ganzen deutschen Arbeiterschaft bezeichnet.

Wir veröffentlichen doch gerade genug Material über Erholungsstätten, welche der Arbeiterschaft für wenig Geld zur Verfügung stehen. Programme über billige Ferienreisen im In- und Ausland, an welchen sich mancher Arbeiter beteiligen kann, wenn er es vermag, zur rechten Zeit zu sparen! — Und sollte es in Odenbach nicht eine größere Anzahl auch unter unseren Mitgliedern geben, die sich eine Ferienreise oder eine Erholung in der Sommerfrische oder im Bad leisten?

Aber das Zentratorgan muß doch verunglimpft werden. Andererseits wird eine Selbstverständlichkeit als eine Großtat gepriesen. Am 8. Dezember haben die Offenbacher Funktionäre auf einer Konferenz einige Referate von Balm, Budpeß, Unterwonn, Bröll und Krüger angehört. Das wird als eine Neuerung bezeichnet zur Belebung der Berufsarbeiterschaft. Wir sind gespannt, ob sich diese Neuerung auch auf die Beteiligung an der Beitragszahlung auswirkt gemäß der Anregung des Kollegen Krüger.

Aussichten in der deutschen Wirtschaft.

Auch in der Zeitschrift „Weltwirtschaft“ wird der Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1927 ein günstiges Prognostikon gestellt. Als Voraussetzung werden bezeichnet: Gemeinschaftsarbeit aller Volksteile, weitere Rationalisierung der Betriebe, Stärkung des Kapitalmarktes, Einschränkung des Zustroms von ausländischem Kapital; verstärkter Wirtarbeit an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Steigerung der Ausfuhr, die Erfüllung der Reparationsleistungen, Milderung der Arbeitslosigkeit und Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung, namentlich auch die der Landwirtschaft. Wie das erreicht werden soll und kann, wird dann wie folgt dargestellt: Die nachhaltige Kräftigung des deutschen Wirt-

Im Winterwald.

Welch steht der Wald. Du waldstiff still
Und weinstückst einzelne Blätter.
Der Himmel schüttelt lichte Waare
Auf alles, was hier tanzen will.

Die Wipfel glänzen, und Vff bei Vff
Entsodern in das große Schneelagen.
Sprühfinken riefeln von den Zweigen
Und ihrer überhweren Last.

Mit einer Kleinenmahn
Der Busch aus schmerzverklärten Gründen,
Und alle Wodensfernen sünden
Den Märchengängen auf Moos und Kraut.

Dreißt fließt des Tages helle Macht,
Ein Meer, dahin in künftigen Wellen,
Und aus den letzten Winkeln anellen
Stieft blühend du die weiße Pracht.

Es schweigt der Wald. Doch leise schwingt
Um dich ein Lied aus fernsten Auen.
Du hörst es nicht. Du kannst nur schauen.
Und hörst es doch: Das Licht, es klagt.
Ernst Precgang. (Aus „Am Strom der Zeit“.)

Verband und Ethik.

Unser Leben ist Kampf, und je härter und sorgenvoller es ist, um so mehr tritt es als Kampf in die Erscheinung. Denn der Mensch hat ein gewisses Maß von wirtschaft-

lichen Rechten nötig, wenn er leben will. Und da muß er kämpfen, wenn das Leben ihm diese Rechte vorenthält.

Damit trägt die Sorge des Lebens in sich die Tendenz zu einem Streben nach dem Ich. Wo die Sorge ist, da steht die Wutze zu einer Entfaltung von Geist und Seele. Da ist das Leben zunächst einmal auf das Elementarste eingestellt, auf die Befriedigung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse, die Erhaltung der selbstlichen Existenz.

Dennoch! Neben dem einzelnen Leben andere in gleicher Not, und auch sie kämpfen an gegen die Not, solange solche soziale Not in der Welt ist.

Es war ein grundtätiges Gelfischen in der sozialen Welt: die der Welt, als sich diese einzelnen unterdrückten Menschen verbunden zu gemeinsamen Kämpfe, denn damit war die Voraussetzung geschaffen zu einem Siege in diesem Kampfe und zu einer grundtätigen Befriedigung eines Lebens in Sorge und Not.

Aber damit trat in dieses zuerst so ganz auf das Selbstliche eingestellte Sorgen ein ethisches Moment. Da in diesen gemeinsamen Kämpfen lag etwas von Einheit. Da in dem Verbände, der wurde, lag etwas von dem ethischen Wachsen, das wir überall finden, wo Verbände sind.

Wir kennen sie ja schon in der Tierwelt, diese Gemeinschaften, und haben so oft gelesen von diesem Gemeinschaftsleben, das da in den Tiergruppen zum Ausdruck kommt.

Wir brauchen aber nicht einmal soweit zu gehen. Wir brauchen nur das Tierleben im Alltag zu betrachten, und wir lernen den ethischen Wert des verbindenden Lebens schöner und überraschender als bei den Tiergruppen.

Da brauchen, da leben die Tiere in ihren Gruppen. Hier am Hause aber bei uns oder bei Nachbarn oder Freunden, da leben Menschen und Tiere. Da leben

Wesen verschiedener Arten, und doch — dieses Großartige ist uns so selbstverständlich —: da ist das Tier mit eigener Art. Der Hund, der steht, daß ein anderer Hund. Und Beobachtungen haben dieses gleiche Ergebnis auch bei Affen gebracht, die ein Zusammenleben mit Menschen geführt haben.

Das ist uns, wie gesagt, etwas Selbstverständliches, weil es uns etwas Alltätiges ist. Doch, was heißt das? Wir wollen uns der Worte der Wissenschaft lieber als als Rollen- und Artzugehörigkeit. Darum, selbst wenn der Hund mit seinem Herrn hungern muß, er lebt mit ihm und er leidet mit ihm und er kämpft für ihn.

Und wenn ein Ausblick in die Zukunft sich aus diesem scheinbar so gewöhnlichen Beispiele ergibt: Durch das verbindende Leben konnte im Tiere nur das werden, was in sich an der Reime vorhanden. Nichts grundtätig. Und da wurde aus dem vorhandenen durch die Domestizierung, und solche Treue. Es liegt etwas Großartiges und Tiefes im Sinne der Welt!

Welch eine ethische Kulturfrage, durch Verbesserung der Lebensmöglichkeiten das Leben so zu bilden, daß der ethischen Reime zur freien Entfaltung gelangen!

Aber wenn Tiere, die man in einem innigen Zusammenhang mit Menschen gehabt hat, wieder der Welt werden, dann verlieren sie allmählich ihre Lebensfähigkeit. Sie haben, die ihre Wesen in der Freiheit Wesen. Es ist unausrotbar, dieses Verbindende, das es geworden, weil es das Leben selber ist.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Im Winter.

Weiß liegen rings die Lende,
Ich nähe Stuch um Stuch
An einem Kinderkleidchen
Und sinne so für mich.

Und endlich nick' ich lächelnd
Der weichen Erde zu:
Wie haben eine Sorge,
Zwei Mütter, ich und du.

Auch du bereichst kreulich
In aller Heimlichkeit
Für deine Blumenkinder
Manch farbes buntes Kleid.

Wir sind am gleichen Werte,
Zwei Mütter, du und ich —
Und lächelnd nick' ich weiter
Am Kleidchen, Stuch um Stuch.

Frauen, Heimarbeiterinnen, organisiert Euch!

Wo die moderne Industrie sich breit macht, bedient sie sich auch der Frauen und der Heimarbeiter. Nicht etwa, um das Wohlergehen der Arbeiterfamilien zu fördern, nein, um billiger zu produzieren und die Männerlöhne zu ersparen und herabzudrücken. In Amerika wird die Frauenarbeit, die der Männerarbeit gleichwertig ist, genau so bezahlt wie Männerarbeit. In Deutschland hingegen wird die Arbeit der Frauen in der Regel stets schlechter bezahlt als Männerarbeit! Das liegt zu einem guten Teil mit daran, daß die Frauen und Mädchen sich sehr schwer bereil finden, einer gewerkschaftlichen Organisation oder gar einer politischen beizutreten.

Am schwersten sind die Heimarbeiterinnen zu organisieren, denn man kommt nicht so leicht im Hause an sie wie in den Großbetrieben, wo viele ständig miteinander in Berührung treten und sich über die herrschenden Arbeits- und Lohnverhältnisse aussprechen können.

Viele Heimarbeiterinnen werden für Elendslöhne fort und fort ausgebeutet und finden doch nicht den Mut, sich zusammenzufassen und Anschluß an ihren Berufsverband zu suchen. Den niedrigen Lohn suchen sie auszugleichen, indem

der Tag für Tag um so länger arbeiten, ohne jemals (soweit zu verdienen wie die Werkstattarbeiter. Hosen sie Arbeit beim Unternehmer ab, so stellt er dies als eine große Wohltat hin, wenn er überhaupt solche vergibt. Bei der Ablieferung wiederholt sich das noch mehr und wird sehr oft durch Lohnabzüge noch ganz besonders verschärft. Nun wird das Los der Heimarbeiterinnen noch ganz besonders dadurch verschlechtert, daß es viele Frauen gibt, die Heimarbeit mehr deshalb betreiben, um sich einen Nebenverdienst zu verschaffen, und schon darum nicht auf richtigem Lohn bestehen.

Sie arbeiten nicht für den eigentlichen Lebensunterhalt, sondern um sich besondere Ausgaben leisten zu können: Ferienreisen, Kleider, Schuhe, Hüte, Parfüms, Theater usw.

Das ist eine schlimme Konkurrenz für alle die, um den Lebensunterhalt zu gewinnen, arbeiten müssen. Auch unter der organisierten Arbeiterschaft soll es noch genug Frauen und Töchter geben, die vielfach durch Heimarbeit Schmutzkonkurrenz treiben. Es wird deshalb an alle Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen die Mahnung gerichtet, diesen Zuständen entgegenzutreten, wo solche immer sich bemerkbar machen.

Wer selbst einer Organisation angehört, hat auch die Pflicht, den Gedanken der Solidarität ausbreiten zu helfen. Wenn das nicht geschieht, wie wollen wir sonst vorwärts gelangen und eine bessere Wirtschaftsordnung schaffen?

Die Ausbreitung des Solidaritätsgedankens und die Werbung von Mitgliedern für den Verband muß jeder Kollege und jede Kollegin als eine moralische Pflicht erkennen. Erst dann, wenn es soweit ist, werden wir wieder größere Erfolge erringen und die Existenzbedingungen unserer Berufsgenossen verbessern können. Wer mithelfen will, daß eine bessere als die gegenwärtige Wirtschaftsordnung geschaffen wird, der muß zuerst in der eigenen Familie anjangen Ordnung zu schaffen, so schwer das auch oft sein mag.

Wir müssen uns unbedingt mehr um die Heimarbeiter kümmern und sie ihren Berufsorganisationen zuführen.

se Tag für Tag um so länger arbeiten, ohne jemals (soweit zu verdienen wie die Werkstattarbeiter. Hosen sie Arbeit beim Unternehmer ab, so stellt er dies als eine große Wohltat hin, wenn er überhaupt solche vergibt. Bei der Ablieferung wiederholt sich das noch mehr und wird sehr oft durch Lohnabzüge noch ganz besonders verschärft. Nun wird das Los der Heimarbeiterinnen noch ganz besonders dadurch verschlechtert, daß es viele Frauen gibt, die Heimarbeit mehr deshalb betreiben, um sich einen Nebenverdienst zu verschaffen, und schon darum nicht auf richtigem Lohn bestehen.

Sie arbeiten nicht für den eigentlichen Lebensunterhalt, sondern um sich besondere Ausgaben leisten zu können: Ferienreisen, Kleider, Schuhe, Hüte, Parfüms, Theater usw.

Das ist eine schlimme Konkurrenz für alle die, um den Lebensunterhalt zu gewinnen, arbeiten müssen. Auch unter der organisierten Arbeiterschaft soll es noch genug Frauen und Töchter geben, die vielfach durch Heimarbeit Schmutzkonkurrenz treiben. Es wird deshalb an alle Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen die Mahnung gerichtet, diesen Zuständen entgegenzutreten, wo solche immer sich bemerkbar machen.

Wer selbst einer Organisation angehört, hat auch die Pflicht, den Gedanken der Solidarität ausbreiten zu helfen. Wenn das nicht geschieht, wie wollen wir sonst vorwärts gelangen und eine bessere Wirtschaftsordnung schaffen?

Die Ausbreitung des Solidaritätsgedankens und die Werbung von Mitgliedern für den Verband muß jeder Kollege und jede Kollegin als eine moralische Pflicht erkennen. Erst dann, wenn es soweit ist, werden wir wieder größere Erfolge erringen und die Existenzbedingungen unserer Berufsgenossen verbessern können. Wer mithelfen will, daß eine bessere als die gegenwärtige Wirtschaftsordnung geschaffen wird, der muß zuerst in der eigenen Familie anjangen Ordnung zu schaffen, so schwer das auch oft sein mag.

Wir müssen uns unbedingt mehr um die Heimarbeiter kümmern und sie ihren Berufsorganisationen zuführen.

Der Wert der Hygiene.

Unterforschungen, über die Prof. Dr. Spitta in den Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt berichtet, haben ergeben, daß durch das Waschen der Hände rund 90 Prozent der an den Händen haftenden Keime entfernt werden. Dieses Ergebnis deutet sich mit den Ergebnissen früherer Untersuchungen und es zeigt uns, wie wertvoll die Hygiene

der Hände ist, die dann ja wieder den ganzen Körper vor der Uebertragung von Krankheitskeimen bewahrt. Weitere Versuche haben ferner ergeben, daß auch der Rest der Keime durch das Reiben mit dem Handtuch entfernt wird. Aber es wurde zugleich erwiesen, daß das Handtuch wiederum die Keime übertragen kann. Darum sollte in allen Betrieben nicht nur die Möglichkeit zur gründlichen Händereinigung vorhanden sein, sondern es muß auch jeder sein eigenes Handtuch haben, wenn die Hygiene in vollem Maße durchgeführt werden soll.

Die Hygiene im Hause läßt auch vielfach alles vermissen, was zur Verhütung von Erkrankungen unbedingt beachtet werden muß. Die Heimarbeit ist in nicht geringem Umfange als Herd vieler Erkrankungen, besonders auch der Tuberkulose, zu bezeichnen.

Die Arbeitsdauer der Frau.

Wir konnten kürzlich die 25jährige Wiederkehr des Tages feiern, an dem die gewerkschaftlichen Organisationen einer Reihe von Ländern der Welt zu einer internationalen Vereinigung zusammengefloßen worden sind. In diesem Jahre feiern wir ein Jubiläum, das besonders ein Jubiläum der arbeitenden Frauen ist. Vor 60 Jahren kam im englischen Parlament die bedeutungsvolle Bill zustande, die eine Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen einführte und damit von grundlegender Bedeutung in der Geschichte des sozialen Frauenrechts ist.

Eine lange Geschichte fehlten, und doch liegt das Frauenrecht noch so sehr darnieder, weil sich die Frauen ihrer eigenen Not meist noch gar nicht bewußt sind.

Der englischen Arbeiterkassier stellen ihre Erfolge auch nicht einfach in den Schoß. Sie hat sich schon 1824 das allgemeine Recht auf Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Arbeitern zu Arbeiterzwecken errungen, und all die sozialen Errungenschaften der folgenden Jahrzehnte hängen auf das engste mit dem organisatorischen Streben des englischen Proletariats zusammen.

In Deutschland entwickelte sich die proletarische Bewegung später, wie sich auch der Kapitalismus in Deutschland später entwickelt hat. Dennoch mußte die Aufmerksamkeit in der proletarischen Frauenwelt eine andere sein, als sie es ist. Wenn man die Zahl der arbeitenden Frauen in Deutschland auf 4 bis 5 Millionen schätzt, dann aber nur ¼ Million Frauen gewerkschaftlich organisiert findet, so zeigt das, daß wir von einer sozialen Gestaltung der Frauenarbeit noch weit entfernt sein müssen.

Rekapitulation der Laten dieser Männer in den letzten Jahren. Ja, wenn die „Siegerstaaten“ nicht wären, könnten wir wohl jetzt allerlei erleben außer dem, was so wie so erwartet werden muß. Die „Note Frohne“ schreibt: Diese Regierung legt ihre Faust an die Gurgel des arbeitenden Volkes. Besonders von Graef, dem Justizminister, wird nichts gutes erwartet und ebenso wenig von Schiele, dem Ernährungsminister.

Wir sind jedoch der Meinung: Bange machen gilt nicht; und diese Herren werden wohl auch nur mit Wasser lachen, wie die Redensart lautet. Man hat ja schon so manche Wandlung in jenen Kreisen vor sich gehen sehen. Und wenn nicht! Strenge Herren regieren gewöhnlich nicht lange.

Verdiente Abfuhr.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Vorwärts“ vom 28. Januar einen Bericht über eine Versammlung Berliner Innungsmeister. Die Handwerker sind empört über die Politik der Wirtschaftspartei und es hagelten Vorwürfe gegen den Reichstagsabgeordneten Holzamer und den Landtagsabgeordneten Müller. Vergeblich suchte der Vorstand wenigstens die Erhöhung der Mieten für gewerbliche Räume zu retten. Gegen eine Stimme wurde die Aufrechterhaltung des gesamten Mieterschutzes gefordert. Obermeister Holzamer erhielt den Auftrag, für die Aufhebung der Hirtsfelder-Verordnung einzutreten. Herr Holzamer ist dadurch arg in die Klemme geraten, was wird er nun tun? Tritt er nicht für den Beschluß ein, ist er wohl als Obermeister erlobigt, und wenn er für ihn eintritt — wie ist dann seine Stellung als Mitglied der Wirtschaftspartei und Reichstagsabgeordneter zu bewerten? —

Die Wirtschaftspartei und der Mieterschutz.

Die Handwerksmeister gehören mit geringen Ausnahmen den Kreisen der Mieter an. Fraglos ist ihnen durch die Freigabe der gewerblichen Räume und Großwohnungen vom Mieterschutz ein Vordienst erwiesen worden. Der Redner der Wirtschaftspartei hat diese Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers Hirtsfelder unterstützt und fordert die Befestigung der gesamten Wohnungswirtschaft. Die Wähler der Wirtschaftspartei haben bereits Protest dagegen erhoben, darum kümmern sich die Landtagsabgeordneten nicht. Inzwischen haben viele Hausbesitzer auf Grund dieses Erlasses vom 11. November 1926 ganz erhebliche Steigerungen der Mieten für Verkaufsflächen vorgenommen. Die Folgen machen sich

Ratschläge zu finden, die uns in eine neue Era wirtschaftlichen Aufschwungs hineinführen könnten, wie sie hier schon so oft angeführt wurden.

Was als erfreulich gemeldet werden kann ist die Steigerung der Ausfuhr. Sie war im Jahre 1926 im Monatsdurchschnitt um 88 Millionen Mark höher als 1925 und um etwa 280 Millionen Mark als im Jahre 1924. Doch auch dieses Bild hat seine Schattenseiten, denn man muß dabei an den englischen Kohlenarbeiterstreik erinnern und die Ausfuhr von Kohlen aus Deutschland, die diese Ziffern beeinflusst haben. Aber trotzdem, die Ziffer der Ausfuhr von Fertigwaren ist nicht so ungünstig, wie sie doch von 661 Millionen im Jahre 1924 auf etwa 850 Millionen im Jahre 1926.

Beängstigend groß sind die Summen, die Deutschland für Einfuhr von Waren an das Ausland abgibt, 6 900,8 Millionen. Wenn man immer wieder versichert, daß Deutschland verarmt ist, so trifft das wohl auf die breiten Volksmassen zu, kann aber doch nicht bezüglich der handelstreibenden Kreise stimmen. Diese verfügen sicher um so mehr über Substanzmittel und Anhäufung von Sachwerten.

Hoffen wir, daß sich die günstigen Voraussetzungen für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1927 wenigstens zu einem Teile erfüllen, es wird trotzdem noch genug Elend als Rest verbleiben.

Das neue Regierungskabinet.

Die Deutschnationalen haben es durchgesetzt die folgenden Posten in der Regierung zu belegen: Herr g. Bogenzöcher und Ministerium des Innern; Reichsjustizminister Graef-Tübingen; Reichsernährungsminister Schiele Reichsverkehrsminister Dr. Koch.

Das Zentrum bezieht: Reichstanzler Marx; Reichsfinanzminister Dr. Köhler; Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Deutsche Volkspartei: Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann; Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Die Bayerische Volkspartei bezieht mit Dr. Schägel das Postministerium.

Reichsgewehrminister bleibt Dr. Gehler, der aus der Demokratischen Partei ausgetreten ist, vorläufig als parteilos gilt. Die belegenden bezieht der Reichstanzler Dr. Marx.

Der Handel um die Ministerstesse hat ziemlich viel Zeit in Anspruch genommen, ohne daß ein allgemein befriedigendes Resultat erzielt ist. Das sind nun die großen Staatsmänner, schrieb der „Vorwärts“, die überragenden Führer, das Heil Deutschlands, und knüpft daran eine

Wirtschaftskörpers sei an zwei Voraussetzungen gebunden. Die wirtschaftliche Reorganisation in Industrie und Landwirtschaft muß in Ruhe vollendet werden. Es muß der deutschen Wirtschaft ermöglicht werden, in Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern jene Gebiete, die zur pflanzlichen Rohstoffherzeugung geeignet oder reich sind an Bodenschätzen, erschließen und bei der Entwicklung ihrer Produktionsanlagen, ebenso bei der Verbesserung ihres Verkehrsnetzes zu unterstützen.

Wo diese reichen Gebiete liegen und auf welche Weise diese Ausbeutung organisiert werden kann, wird allerdings nicht gesagt. Man kann dabei also an Rußland denken oder Persien, an die afrikanischen, ehemals deutschen, Kolonien oder auch an die noch wenig erschlossenen sonstigen Weltteile.

Was einstweilen mit den Millionen Erwerbslosen geschehen soll, wird im folgenden angedeutet: Die Aufzählung der durch die Rationierung beschäftigungslos Gewordenen wird erst durch Errichtung neuer wettbewerbsfähiger Produktionsstätten möglich sein. In der Zwischenzeit müssen vorweggenommene Zukunftsarbeiten, landwirtschaftliche Siedlung, Meliorationsarbeiten darüber hinweghelfen. Errichtung neuer wettbewerbsfähiger Produktionsstätten, ja, das ist es, aber wie und wo sind diese zu errichten? Man darf sich keiner Täuschung hingeben, in Unternehmertreue ist man stets wach und auf der Suche, wo gewinnbringende Produktionsstätten errichtet werden könnten. In diesem Zusammenhangem hat an das Problem der Gasfernverleitung, der Kohleerzeugung und an sonstige technische, chemische, elektrotechnische Neuerungen erinnert.

Alles das ist aber keine neuen Weisheiten; wie den Massen der Erwerbslosen, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen sind und wohl noch weiter ausgeschlossen bleiben, geboten werden kann, geht nicht daraus hervor. Wie groß ist aber daneben noch die Masse jener, die wohl einen Erwerb haben, der aber in keiner Weise ausstreichend genannt werden kann? —

Man braucht sich nur ein wenig in der Geschäftswelt umzusehen und wird schauernd wahrnehmen, wie jämmerlich es da aussieht.

Alle Hoffnung wird auf die Wiedererschließung der Weltmärkte für die deutsche Warenausfuhr gesetzt. Wir dürfen uns aber nicht verheßen, daß die industrielle Entwicklung in den in Betracht kommenden Exportländern riesigen großen Fortschritt gemacht hat und diese Leistungen keineswegs ruhig erscheinen läßt.

Man mag alle Zeilungen, Zeitchriften und alle Werke der wissenschaftlichen Kapazitäten auf dem weiten Gebiete der Wirtschaft nachprüfen, auch sie wissen keine anderen

schon bemerkbar, indem sogar die deutsche Volkspartei Wahrung des Erlasses beantragt hat. Der Abgeordnete Meyer (S.P.D.) forderte im Reichstagen Landtag die Aufhebung des Erlasses und beantragt sämtliche Abstimmung, damit die Wähler auch sehen, welche Abgeordnete die Wähler nur mit leeren Worten betrügen. Es bedarf keiner Begründung, daß eine weitere Steigerung der Lohnsummen und völlige Preisgabe des Mieter-schutzes für die werftätige Bevölkerung eine Katastrophe bedeuten würde. Eine Mietpreishebung zieht unweigerlich harte wirtschaftliche Kämpfe nach sich. Eine Erhöhung der Löhne ist schon angesichts der allgemeinen Preisverhältnisse notwendig, und die Rationalisierungsmethoden, durch welche Tausende von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß verdrängt werden, bedingen unbedingt eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitszeit. Die Anhänger der Wirtschaftspartei mögen sich die Lagen ansehen und die Früchte, die sie ihren Abgeordneten zu verschonken haben. Ledigens haben die Berliner Stadtverordneten am 25. Januar beschlossen, unter Mitwirkung der Wirtschaftspartei die Aufhebung des hierleser-Erlasses zu fordern, und der Magistrat erklärt sich ebenfalls gegen jede Lockerung des Mieterschutzes.

Korrespondenzen.

Dresden. Am 25. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung im Volkshaus statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte Kollege Pappich, daß die von ihm eingebrachte Resolution zur Verlesung gelange, damit die Kollegen bei der Neuwahl der Ortsverwaltung die notwendigen Konsequenzen ziehen könnten. Daraufhin verliest der Vorsitzende folgende Resolution:

„Die im Saffler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband Organisierten brandenburger als Gewerkschaftler die arbeitserhaltende Haltung, der sich nach „Alle Sozialdemokraten“ nennende Arbeitervereiner im Landtag in der Frage der Regierungsbildung in Sachen Schuldbildung machen. Wir fordern vom gesamten Gewerkschaftsverband, daß ein Vorkriterium oder Ansehen an diese Arbeitervereiner nie in Frage kommen darf. Weiter verlangen wir vom Kartell einen nach außen hin sichtbaren Trennungsschritt.“ (Gleich Pappich.)

Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine scharfe Diskussion. Einige Redner suchen den Nachweis zu erbringen, daß durch Hintertreiben der Parteifreistatisten in die Gewerkschaften für die Arbeiterkassen nur Nachteile erwachsen. Wenn die Arbeiterkassen wirklich vorwärts schreiten will, muß sie, wenn schon in politischer Beziehung eine Einigung nicht zu erzielen sei, zum mindesten auf dem Boden der Gewerkschaftsbewegung Neutralität üben. Der Nachweis, daß die A.S.P. in Sachen eine Arbeitervereinerpartei sei, ist bisher von keiner Seite erbracht worden. Die Beschwörer der Resolution sind der gegenteiligen Ansicht. Bei der Abstimmung wird die Resolution mit 26 gegen 33 Stimmen, bei etwa 40 Stimmenthaltungen angenommen.

Hierauf gibt Böhm eine Bericht über die Tätigkeit im verfloffenen Geschäftsjahr, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse stark beeinträchtigt war. Der Redner schildert an reichhaltigen Material, wie scharf der Kampf auch in diesem Jahre gewesen ist, und daß nur straffes Zusammenhalten innerlich der Gewerkschaft uns vorwärts bringen kann. Den Kassenbericht gibt Alppold. Er liegt in Abschrift vor und zeigt ein allmähliches Bild. Die ungeheure Arbeitslosigkeit hat auch hier ihre Auswirkungen gefunden. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen auf der Grundlage der oben angeführten Resolution. Diese betreffen in der Hauptsache den Kollegen Schäfer, der aber bei der Abstimmung von der Generalversammlung wieder als Mitglied der Ortsverwaltung bestätigt wird. Müller wird gegen 12 Stimmen als Vorsitzender und Arnold mit 76 Stimmen als Schriftführer gewählt. Alle übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung, sowie die Revisoren und der Jugendleiter, werden ohne Widerspruch gewählt. Dann wird beschlossen, ein Vergütungs- u. Veranlagungs. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Volkshausfürsorge, der sich jeder Kollege anschließen soll, und einigen anderen Mitteilungen, wird die Versammlung gegen 11:11 Uhr geschlossen. Schäfer.

Kassel. Jahresversammlung am 21. Januar. Der Vorsitzende macht bekannt, daß dem Hauptkassierer 10 Proz. bewilligt wurden. Dann erstattet Kollege Finis die Abrechnung vom 4. Quartal und die Jahresabrechnung. Dann erfolgt die einstimmige Entlastung des Kassierers. Kollege Wiedorf geht dann in kurzen Ausführungen auf das Vergangene ein und wünscht, daß das kommende Jahr der Ortsverwaltung besseren Erfolg bringen möge als das verfloffene Jahr. Ueber den Kartellbericht des Kollegen Wiedorf entspinnt sich keine Diskussion.

Zur Neuwahl der Ortsverwaltung macht Wiedorf gleichzeitig bekannt, daß er zurücktrete. Er verliest eine Verlesungsaussage, welche in einer kombinierten Vorstandssitzung aufgestellt wurde. Es findet eine lange und rege Debatte statt. Kollege Wiedorf lehnt trotz aller Aufforderung die Wiederwahl wegen Überalterung ab. Einstimmig gewählt werden folgende Mitglieder: Vorst. Emil Böhl, Kassierer: Karl Finis, Schriftführer: Hermann Böhl, Revisor: Schmidt und Wiedorf, Revisoren: Michel und Fischer. Dann fordert Kollege C. Böhl die Mitglieder auf zur besseren Mitarbeit und flehentlich Veranlagungsbesuch. Er gibt noch den Bericht von den Lohnverhandlungen in der Textilbranche. Kollege Wiedorf bittet, sich der Jugend mehr anzunehmen und die Substante des Verbandes in der Zeitung zu veröffentlichen. Am Abend 28 Kollegen. Hermann Böhl.

Mannheim. General-Versammlung vom 17. Januar 1927. Kollege Dornbach gab den Kassenbericht vom 4. Quartal 1926. Für die Hauptkasse: Einnahmen und Ausgaben 8954,85 Mark. Für die Lokalkasse: Einnahmen 3282,71 Mark, Ausgaben 3397,71 Mark. Kollege Wiedorf

erklärte die Ursache des Defizits in unserer Lokalkasse; durch die Auto-Konferenz und die Reichshausunterstützung an unsere Erwerbslosen wurde die Lokalkasse stark in Anspruch genommen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Wichtiges freies im Jahresbericht nochmals alle Ergebnisse des Jahres innerhalb unserer Zeile. Der Gewerkschaftler aller der Branchen war nicht fassend. Die Tapezierer haben am besten abgeschrieben. Es ist ihnen gelungen, den von den Arbeitgebern geforderten Lohnbestandteil ohne Verzichtleistung wieder zu erneuern. Die Lebensmittelbranche war sehr schlecht, die Treibriemen mittelmäßig, Autofahrer unbefriedigend. In letzterer wurden erst jetzt wieder 20 Mann entlassen, und der Lohn soll gekürzt werden. Er richtet den Dank an alle Kollegen für ihre Treue und besonders an die Kassierer und übrigen Vorstandsmittelglieder für ihre geleistete Arbeit.

An der Beitragszahlung steht Mannheim mit an der Spitze, worauf wir ohne Zweifel stolz sein können. In Hand einer Statistik gibt er die Leistungen der einzelnen Filialen an die Hauptkasse bekannt. Es ist ein Standes, wenn man hört, daß J. B. Frankfurt, trotz doppelter Mitgliedszahl gegen uns, nur die Hälfte an Beitragszahlungen geleistet hat wie wir. Noch drastischer ist es in Offenbach. Wann erkennen diese Kollegen eigentlich den Wert einer gutgeführten Organisation, oder wo bleiben hier die Beschlüsse des Verbandstages? Mit solcher Drückerarbeit kann unsere Hauptkasse nicht gefüllt werden. Kollege Zimmermann dankte dem gesamten Vorstand im Namen der Kollegen für seine mühselige Arbeit und hofft, daß es uns gelingen wird, wieder einen solchen Vorstand zusammenzubringen. Dann wurde zur Neuwahl geschritten. Neu gewählt wurde nur der Kassierer und Sektionsleiter der Tapezierer. Alle übrigen Vorstandsmittelglieder wurden wiedergewählt. Als Kassierer wurde Wilhelm Böler und als Sektionsleiter der Tapezierer der Kollege Scherer gewählt.

Wir verfügen wieder über einen Vorstand, der gewillt ist, mit Unterstützung der Kollegen die Arbeit und die Pflichten im laufenden Jahre aufzunehmen zum Wohle unserer Mitglieder und zum Besten unseres Verbandes. Anwesend 82 Mitglieder. Rißhaupt.

Rundschau.

Neuerung der Prüfung der Bedürftigkeit in der Erwerbslosenfürsorge. Mit Zustimmung des Reichsrats hat der Reichsarbeitsminister am 22. Januar die neuen Ausführungsbestimmungen erlassen, welche bereits angehängt waren. Dadurch wird nunmehr eine einheitliche Prüfung der Bedürftigkeit der Erwerbslosenfürsorge im Reich hergestellt. Ob dadurch die Härten beseitigt werden, durch welche vielen Familienvätern schwere Kassen aufgebürdet wurden, muß sich erst noch erweisen. Mangelhaft wird durch den Erlass, daß regelmäßige Arbeiten, welche fortlaufend die Tätigkeit eines Arbeitnehmers in Anspruch nehmen, nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden dürfen.

Sowjetrussland als Paradies der Bureaukraten. Der Kampf der Sowjetregierung gegen die immer mehr um sich greifende Bureaukratisierung ist in der Tat eine Singschmerz. Aus dem letzten Bericht des Volkstommissars der Arbeiter und Bauernkontrolle ist zu ersehen, daß die großangelegte Sparmaßnahmekampagne, trotz aller Erwartungen, nicht zur Verminderung, sondern vielmehr zur Steigerung der Beamtenzahl geführt habe. In den staatlichen Behörden der Sowjetunion betrug die Beamtenzahl im Jahre 1925/26 852.000 für das Jahr 1926/27 war eine Verringerung dieser Zahl um 8663 vorgesehen. In Wirklichkeit jedoch ist die Beamtenzahl noch um 48.666 gestiegen. Dasselbe trifft auch in Bezug auf die einzelnen Republiken der Sowjetunion zu. Am deutlichsten kann man das Wachstum des bureaukratischen Apparates in Moskau sehen. Die Beamtenzahl betrug dort im Jahre 1925 48.666, im Jahre 1926 62.923, im Jahre 1925 79.814 und im Jahre 1926 103.783!

Nach der Ansicht des Volkstommissars der Arbeiter- und Bauernkontrolle liegt die Ursache des ununterbrochenen Wachstums der Beamtenzahl in dem bureaukratischen System, das eine wahre Papierflut nach sich zieht. Aber der Wirklichkeit entnommenen Anzeichen über die Auswüchse des Bureaukratismus und der Papierwirtschaft wimmelt, steht jedoch nicht, daß der Bureaukratismus selbst eine unvermeidliche Folge des Regimes der Willkür und der Diktatur ist, das keine wirkliche Selbstbeidigung und Selbstverwaltung der Bevölkerung duldet. Kein Kommunist der Arbeiter- und Bauernkontrolle kann die Kontrolle der Bevölkerung selbst, der Öffentlichkeit, der freien Presse und der unabhängigen Parteien und Organisationen erziehen.

Bücherchau.

E. Thie und Kampfradt. „Zur Gesellschaftslehre“. Verlag W. Schneider, Quersfurt. Preis 1 Mk. Das Heftchen soll den Belegungen, die auf dem Lande keine Berufsschule besuchen können, ein Wegweiser sein und ihnen den Nebergang zum Gehilfen erleichtern. Auf 50 Seiten wird wertvolle Anregung erteilt.

Gewerkschaftsarchiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gelamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwang. Jena. Januarheft 1927. Verlag Karl Zwang, Verlagsgesellschaft, Jena. St.-Jakob-Strasse 36. Vierteljahresabonnement 3,00 Mk.

Wirtschaftsinformationsdienst. Schriftleitung Kurt Heining. Berlin. Dezemberheft 1926. Verlag: Karl Zwang, Verlagsgesellschaft, Jena. Monatlich 1. Heft. Vierteljahresabonnement: 2 Mk.

Im Verlag der C. Saubischen Buchhandlung, Berlin W. 30, erschienen:

Franz Sepinski. Die sozialistische Bewegung ihre Geschichte und ihre Aufgaben. — Jungsozialistische Schriftenreihe, herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten. Umfang 3 Bogen Großformat. Preis kart. 0,85 Mk.

Prof. Dr. Anna Siemjen. Politische Kunst und Kunstpolitik. — Jungsozialistische Schriftenreihe, herausgegeben vom Reichsaussschuß der Jungsozialisten. Umfang 3 Bogen. Preis kart. 0,85 Mk.

Prof. Dr. Max Adler. Die Aufgaben der Jugendpolitische Schriftenreihe, herausgegeben vom Reichsaussschuß der Jungsozialisten. Preis kart. 0,85 Mk.

Laden Eins erzählt in seiner neuesten Nummer ein kleines Gespräch zwischen der Verkäuferin reaktionärer Zeitungen und einem Zeitungslieser: „Sie haben's gut! Untereins muß sich den ganzen Tag mit den Zeitungen abhangeln!“ — „Na, was denn! Untereins muß ich lesen!“ — „Laden Eins kostet pro Nummer 25 Pf. Sie beziehen durch jede Volksbuchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag J. S. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, desgleichen auch die“

Illustrierte Reichsbannerzeitung. Die neue Nummer bringt einen Aufsatz von Kapitän Persius über die Publikation der Reichsbanner, worin vor allem die Gefahr der Willkürhaftigkeit auf Grund des Artikels 68 der Verfassung und die Frage des Reichsbannerjahres behandelt wird.

Der Lohnanteil in der Landwirtschaft von Georg Schmidt. Heft 2 der Sammlung Gewerkschaften und Wirtschaft, herausgegeben von Kurt Heining. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin 1926. 38 S., Preis 1 Mk.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 31. Januar bis 6. Februar ist das 5. Wochenbeitrag fällig.

Pflichtige Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes! Kollegen, Kollege! Ist euer Verband auch am Jahres-schluß in Ordnung gebracht worden?

Achtung! Monatsberichtsarten!

Alle Verwaltungsstellen, welche die Monatsberichtsarten für den Monat Januar noch nicht an die Hauptverwaltung eingesandt haben, werden dringend ersucht, das über Beräumte bis spätestens zum 8. Februar nachzuholen.

Auf eine 25jährige Tätigkeit im Verband kann zurück-blicken!

Schneidmühl: Otto Manthey, Tapezierer.

Jossen. Sonnabend, den 19. Februar, findet im Gewerkschaftshaus unser 20jähriges Stiltungs-fest statt. Vorträge, Verlesung, Tanz, Hauptgewinn 1. Chaiselongue. Eintritt 1 Mk. Anfang 8 Uhr. Es laden freundlichst ein Die Ortsverwaltung.

Adressenveränderungen.

Amshach. Vorst.: Peter Kaiser, Humboldtstr. 15. Kass.-Johann Popp, Eralsbeimstr. 30.

Braunshweig. Vorst.: Albert Moraw, Hintere Brühlstr. 18.

Crimmitschau. Vorst.: Walter Horn, Karstr. 13.

Danzig. Vorst.: Walter Sid, Pfefferstadt 77, ptt.

Geringenwalde. Vorst.: Karl Schlegel, Hiltensdorf Nr. 36. Post Geringenwalde.

Harburg (Elbe). Kass.: Hermann Senft, Büstowstr. Straße 38, ptt.

Hilbeshelm. Vorst.: August Süde, Osterstr. 38. Kass.: Karl Köster, Weiner Landstr. 54 I.

Landsberg (Mark). Kass.: Paul Juhnke, Kesselstr. 4.

Mannheim. Vorst.: Adolf Haas, Böhlstr. Kass.: Arthur Hamann, Dürnberg-Dödenburg, Glasbüttenstraße 4.

Stolp (Pommern). Vorst.: Paul Ehler, Lachschleue 9.

Veranstaltungskalender.

Frankfurt a. M. Am Montag, dem 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet unsere Jahresversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses statt.

Köln. Am Freitag, dem 4. Februar, abends 7 Uhr im Volkshaus, Saal 2, Tapeziererverammlung.

Sterbefaßel.

Frankfurt a. M. Am 6. Januar starb der Portefeuller Franz Schmeiß im Alter von 67 Jahren.

Merane. Am 21. Januar starb im 48. Lebensjahre der Lederer Paul Grieshammer.

Offenbach a. M. Am 11. Januar starb unser Mitkoll. der Portefeuller Jakob Reich aus Wöhlshelm a. M. im 45. Lebensjahre. Ehre ihrem Andenken!